

Märkische Gärtnerpost

Die Monatszeitung für Garten- und Siedlerfreunde im Brandenburgischen

19. Jahrgang · April/Mai 2019

Volksfeststimmung an der Havel



Werder Havel. Bereits zum 140. mal jährte sich das größte Volksfest in den neuen Ländern. Das traditionelle Obstweinfest hatte vom 27. April 2019 bis 05. Mai 2019 wieder hunderttausende Besucher in die Stadt an der Havel eingeladen. Ob eine Weinverkostung bei einem der zahlreichen Obstbauern, Verweilen unter der Blütenpracht in den heimischen Gärten bei Kaffee und Kuchen oder beim frohen Treiben auf der Regattastrecke mit Bungeejumping und Konzerten. Für jeden Gast war bei

dem einwöchigen Volksfest was dabei.

Der Werderaner Frühlingsstart war mit reichlich Musik garniert: Auf sieben Bühnen präsentierten sich zahlreiche Bands verschiedener Genres und vier Radiosender.

Wer es ruhiger mochte, ging in die Obstgärten zur entspannten Obstweinkegung und genoss die Obstblüte mit allen Sinnen. Sonderbusse fuhren regelmäßig vom Bahnhof raus auf die Glindower Platte, wo alles für einen schönen Tag vorbereitet war. Ein gutes Dutzend Obstbauern bot

auf den Plantagen Kaffee und Kuchen, Obstweine und Obstsäfte, Gebrilltes und Unterhaltung. Das Baumblütenfest wurde traditionell mit dem großen Festumzug am letzten Samstag im April um 13 Uhr eröffnet. Die feierliche Eröffnung erfolgte mit der Bekanntgabe der neuen Blütenkönigin. Im Anschluss gab es im gesamten Stadtgebiet ein buntes Fest-Programm. Das Volksfest endete mit dem Abschlussfeuerwerk am ersten Sonntag im Mai ab 22 Uhr. (Mehr Seite 12)

Auch die Rosensalami wird es auf der LaGa geben

Nach dem Rosenlikör kommt jetzt auch die Rosensalami auf die Landesgartenschau Wittstock/Dosse 2019. Die in Karstedtshof ansässige „homemade“ GbR hat eigens für die LaGa eine Salami entwickelt, die durch die Beigabe von Bio-Rosenblütenblättern eine dezente Rosennote entwickelt.

„Wir haben verschiedene Geschmacksnuancen ausprobiert bis wir die passende Mischung gefunden haben. Das Ergebnis stellt uns jetzt zufrieden. Die Salami hat den für sie typischen kräftigen Geschmack und ein Hauch Rosenaroma verfeinert sie“, erklärt Eva Paulus von der „homemade“ GbR. Natürlich werde die Rosensalami auch auf dem Regionalmarkt der LaGa angeboten. Darüber hinaus kann man sie im Karstedtshofer Hofladen des Unternehmens erwerben.

„homemade“ verfügt bereits über Erfahrungen mit Salami-Geschmacks-Experimenten. So bietet der Betrieb



Rosenkönigin Tanja I. nahm die Salami entgegen. Und auch LaGa-Geschäftsführer Christian Hernjokl findet sie lecker.

u.a. eine Walnuss-Rosinen- und eine Fenchel-Koriander-Salami. Auch reine Sorten vom Wild, Lamm oder Rind sind im Angebot.

Die „homemade“ GbR ist ein kleiner Familienbetrieb, der sich der Schafzucht und Direktvermarktung widmet. Dabei setzt das Unternehmen auf Regionalität und artgerechte Tierhaltung. „Wir möchten unseren Kunden Produkte

anbieten, von denen man genau weiß, wo sie herkommen und wie sie gemacht sind“, versichert Eva Paulus. Mit dieser Idee und den Erzeugnissen der eigenen Schafherden wurde „homemade“ im Sommer 2015 gegründet. Mit einem kleinen Kreis ausgewählter Partner und Lieferanten ist die Firma stetig gewachsen. „Inzwischen können wir neben exquisitem Lamm-, Rind- und Wildfleisch auch viele andere ländliche Köstlichkeiten bieten“, sagt sie. Die Waren können deutschlandweit über einen eigenen Online-Vertrieb geordert werden.

„Der Auftritt von „homemade“ bereichert unseren Regionalmarkt“, stellt der Geschäftsführer der Landesgartenschau Christian Hernjokl fest. „Es ist genau das, was wir wollen: Aktiven und kreativen Ideen aus unserer Region mit der LaGa ein Podium zu geben, sie zu unterstützen und zu stärken“, sagt er.

In dieser Ausgabe:

Bezirksverband Bernau u. U.

VDGN im Visier/Jahresversammlung des BV/Drittel-lösung

SEITEN 2 – 4

Calau

Gründonnerstag gab's Calauer/Bezirksverband ist umgezogen

SEITE 4

Luckenwalde

Bienenprojekt im Kreisverband/Infos von der BraLa

SEITE 5

Oberhavel

Von der Jahresversammlung berichtet/Waldbrand aktuell

SEITE 6

Prenzlau

Grüne Stadt am Uckersee/Fontane Leitausstellung

SEITE 7

Sonderveröffentlichung DIE LINKE

SEITE 8

Rechtsfragen

Reduzierung der Kleingartenflächen (Teil 2)

SEITE 9

Regionales Potsdam

„Angergrund“, „Klein Sanssouci“ – wie weiter? Quo vadis, VSG Potsdam?

SEITE 10/11

Querbeet

Baumblütenfest Nachlese/Wetterkapriolen in 2019

SEITE 12

Informationen der Redaktion:

Hallo, liebe Gartenfreund*innen!

Da sind wir immer noch. Und wir werden Sie auch 2019 begleiten.

Wir erscheinen in diesem Jahr im März, im April/Mai (Doppelausgabe), Juni, Juli und August „normal“ sowie im September/Oktobre wieder doppelt.

Redaktionsschluss für Juni ist am 20. Mai 2019.

Ihre Redaktion

Der VDBG führt die Kleingärtner ins Abseits

Kleingärtner des Bezirksverbandes Bernau sind vielfach auch Berliner Bürger, die aufgrund der mangelnden Möglichkeiten in Berlin die Kleingärtnerei in unserem Einzugsbereich praktizieren und Mitglieder unserer Vereine sind. Gelegentlich werden leider auch Meinungen aus Berlin in unseren Verband getragen, deren Ursprung offensichtlich aus Positionen des VDBG zum Kleingartenwesen herrührt. Forderungen des VDBG, wonach das Zwischenpachtprinzip aufgegeben werden soll und durch eine angeblich zeitgemäße Form der Selbstverwaltung und des Ausgleichs zwischen Pächtern und Grundstückseigentümern zu ersetzen sei, sind absurd und vernichten wesentliche Rechte, die der Gesetzgeber uns Kleingärtnern als Möglichkeiten der Pachtgestaltung und vor allem der Sicherung des Pachtzinses gegeben hat. Es soll hier eine mittlerweile genau 100 Jahre bestehende Errungenschaft ausgemerzt werden und uns so in gewisser Weise wieder zum Freiwild werden lassen. Vor 100 Jahren im Jahr 1919 wurde die Kleingartenordnung geschaffen, welche durchaus als Revolutionserrungenschaft nach dem 1. Weltkrieg gewertet werden kann. Die hohen Pachtzinsen für Kleingärten, die bis dahin üblich waren, wurden durch die Kleingartenordnung verhindert und ausgeschaltet, in dem genau dieses Zwischenpachtprinzip verbunden mit der Notwendigkeit der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit geschaffen wurde. Der Grundstückseigentümer wurde so in seinen Rechten erheblich beschränkt und konnte nicht mehr so schalten und walten wie er wollte und wie das BGB es zuließ. Wenn dies, wie der VDBG es fordert, wieder aufgegeben werden soll, sind wir wiederum der Willkür preisgegeben. Ausgrenzungsszenarien wie vor 1919 wären die Folge. Bestrebungen dazu waren maßgeblich durch die Grundstückseigentümer in der Vergangenheit mehrfach vorhanden. Nicht zuletzt musste aus

diesem Grunde u.a. auch das Bundesverfassungsgericht über die Höhe des Pachtzinses entscheiden und diesen zu Gunsten der Kleingärtner sicherstellen. Gemeinnutz geht eben dank dem Grundgesetz und dem Bundesverfassungsgericht doch (leider nur manchmal) vor Eigennutz.

Die Kleingärtnerei und damit verbunden auch unser Vereinswesen, steht ohnehin seit geraumer Zeit erheblich unter Druck. Besonders in den Ballungsgebieten sollen offensichtlich Kleingartenanlagen zerstört, die Flächen für die Kleingärten erheblich reduziert oder Kleingartenanlagen noch weiter ins Umland verschoben werden. Der letzte Beitrag der Redaktion der Märkischen Gärtnerpost auf der Grundlage eines Textes von Rechtsanwalt Schröder für den Landesverband Brandenburg der Gartenfreunde e.V. ist bezeichnend und aussagekräftig. Sicherlich ist das Bundeskleingartengesetz (BKleingG), das die Kleingartenordnung ersetzte, mit Auflagen und Bedingungen verbunden, die auch Arbeit beinhalten und nicht in jeder Lebenssituation mit Freude erfüllt werden. Vor allem die kleingärtnerische Nutzung, die der VDBG wegrationalisieren will, gehört dazu.

Gerade die kleingärtnerische Nutzung ist aber für uns maßgeblicher Garant für den Erhalt unserer Rechte und des billigen Pachtzinses, da ansonsten dafür jegliche Geschäftsgrundlage fehlen würde. Warum soll sonst ein Grundstückseigentümer - und dies betrifft nicht nur den privaten sondern auch den kommunalen - daran Interesse haben, uns die Grundstücksfläche für einen derart geringen Pachtzins zur Verfügung zu stellen. Die jetzige Situation der „Datschenbesitzer“ mit je nach Lage erheblichen Pachtzinsen (4 Euro und mehr pro Quadratmeter sind keine Seltenheit) sowie der letztlich durch den Grundstückseigentümer gestaltbare Umfang der Rechte und Pflichten des Laubenbesitzers zu den Anpflan-

zungen und Baulichkeiten auch nach Aufgabe des Pachtgrundstücks legen dazu Zeugnis ab. Der VDBG fordert auch die freie Gestaltung der Laubengröße wider dem Baurecht und den Darlegungen des Verfassungsgerichts zu den Gründen unserer Rechtsstellung. Er entwickelt sich so immer mehr zum Interessenvertreter der Grundstückseigentümer, auch wenn er gegenteiliges vorgibt. Den Positionen des VDBG folgen würde bedeuten, dass wir unsere gesicherte Rechtsstellung verlieren und durch die finanziellen Konsequenzen den Kreis derer, die sich dann noch einen Garten leisten können, erheblich reduzieren. Die Folge wäre, dass noch mehr städtisches Grün aufgegeben wird, die Artenvielfalt von Flora und Fauna sinkt, das geografische Klima weiter geschädigt wird und für den überwiegenden Teil von uns auch der Erholungseffekt auf die Art und Weise nicht mehr gegeben wäre. Die Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft würde sich noch verheerender darstellen, als sich dies schon durch die bereits charakterisierte Darstellung der Verringerung der Quadratmeterzahl der Kleingärten ergeben würde. Die gegebene kleingärtnerische Selbstverwaltung durch die Zwischenpachtposition und unsere Organisationsform, die durch den VDBG in der Vergangenheit mehrfach angegriffen wurde, hat sich bei allen Schwierigkeiten und Problemen als die beste Organisationsform herausgestellt, die im Interesse des Kleingärtners liegt und das Kleingartenwesen erhält. Der Bezirksverband der Gartenfreunde von Bernau u.U. e.V. ist in gewisser Weise dem VDBG dankbar für dieses von ihm entworfene Positionspapier, weil sich dieser dadurch für alle erkennbar selbst ins Abseits und auch auf die Seite der Grundstückseigentümer gestellt hat. Dem wollen und können wir Kleingärtner nicht folgen.

Der Vorstand des BV Bernau und Umgebung

Unser Tipp: Lenné-Park Blumberg

Am Dorfanger liegt die verfallene Gutsanlage, deren Gutshaus 1945 abgebrannt ist. 1840 erarbeitete Lenné auf Anordnung des Graf Friedrich Ludwig von Arnim die landschaftliche Umgestaltung des Parks.

Ein wiederhergestellter Weg zeigt die Verbindung zur Landschaft und zum Dorf durch Blickbeziehungen über Wiesen und Gewässer. Bis heute sind Bäume



von Zeiten Lennés erhalten und können bestaunt werden. Der Lennépark Blumberg gehört zur Pomeraniaregion - benannt aufgrund seiner geographischen Lage nach der Regionsbezeichnung Pommern. Einzelne Akteure mit viel Engagement setzten sich für die Erhaltung und Instandsetzung des Parks ein und retteten somit die Gartenlandschaft.

Heute lädt die weitläufige Landschaft mit den großzügigen Wiesen und Seen zum Verweilen und Flanieren ein.

Der Park ist frei zugänglich und der Eintritt frei.

IMPRESSUM

„Märkische Gärtnerpost“ – Die Zeitung für Garten- und Siedlerfreunde im Brandenburgischen.

HERAUSGEBER: „medienPUNKTpotdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO GbR – Zeppelinstr. 7 14471 Potsdam, Bernd Martin und H. Jo. Eggstein, Geschäftsführung.

Die „Märkische Gärtnerpost“ wird von Kreis- und Bezirksverbänden der Garten- und Siedlerfreunde im Land Brandenburg, von Anzeigenkunden und Sponsoren unterstützt.

REDAKTION: „Märkische Gärtnerpost“. Bernd Martin (v.i.S.d.P.); H. Jo. Eggstein (Grafikdesign); Renate Frenz (Red.-Sekretariat); Michael Berthold; Jens Hörnig; Gertraud Schiller (RedakteurInnen). Tel: 0331 20018970; email: redaktion-gaertnerpost.vgs@gmx.de. Die „Märkische Gärtnerpost“ erscheint in den Monaten März – Oktober für 20.000 LeserInnen.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahmen der Gartenverbände oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung der/des VerfasserIn dar. Für unverlangt eingesandte Texte und/oder Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnvoller Kürzungen vor.

DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Effektive und wirksame Hilfe für Vorstände

Jahresversammlung des BV Bernau und Umgebung e.V. der Gartenfreunde – ein Erfolg

Traditionell im März treffen sich die Vertreter der Mitgliedsvereine des Bezirksverbandes Bernau zur Jahresversammlung. Gilt es doch Resümee zu ziehen über Geleistetes und vor allem ab den Ausblick auf die anstehenden Aufgaben zu schärfen. So auch am 16. März 2019.

Berits in der Märzausgabe unserer Zeitung hatten wir einige Passagen aus dem uns vorab vorliegenden Rechenschaftsbericht des Vorstandes zitiert. Vor allem, dass sich der Vorstand bei allen Ehrenämtern für deren selbstlosen Einsatz bedankte. Besonderen Dank bekamen solche langjährig Ehrenamtlichen wie die ehemalige Schriftführerin Gisela Döring und der Kassenprüfer Rainer Wunderlich. Beide erhielten aus den Händen des Vorstandsmitglieds für Finanzen des Landesvorstandes der Gartenfreunde Brandenburg, Gartenfreund Helfried Reden, und des BV-Vorsitzenden Thomas Müller die Auszeichnung „Ehrennadel des Landesvorstandes in Gold mit Ehrenkranz“ (FOTO).

Ein Thema zog und zieht sich durch die vergangenen Gartenjahre und auch die kommenden. Es ist die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit, die ursächlich für den Erhalt unserer Kleingärten wirkt. „Der Paragraph 4 des BKleingG bestimmt die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit, ohne sie sind die Zwischenpachtverträge und somit die Kleingartenpachtverträge ungültig“, betonte der Vorsitzende im Bericht an mehreren Stellen. Und deshalb steht auch bei den Bernauern in 2019 die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit mit an erster Stelle. Von Vorteil wäre es, wenn die Gartenfreunde dazu schon die veränderten Prüfrichtlinien des Ministeriums für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft in Sachen kleingärtnerische Gemeinnützigkeit hätten. Der Vorstand jedenfalls hat im Plan in diesem Gartenjahr erstens diesbezügliche Gespräche mit dem Landratsamt Eberswalde zu führen und die Ergebnisse daraus - gepaart mit den neuen Prüfungskriterien - sofort an die Vereinsvorstände weiter zu geben. Gemeinsam mit den Vorständen werden Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen in Sachen kleingärtnerische Gemeinnützigkeit gezogen und zur Arbeitsmaxime erhoben. „Ziel ist es, dass alle unsere Vereine die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit erhalten“, betonte der Vorsitzende.

Einen entsprechenden Rahmen setzte auf der Jahresversammlung auch die Datenschutz-Grundverordnung. Die



Der mit 100% (!) frisch gewählte Vorstand (oben)

Die Ausgezeichneten (unten)



DSGVO ist eine Verordnung der Europäischen Union, mit der die Regeln zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen EU-weit vereinheitlicht werden. Dadurch soll einerseits der Schutz personenbezogener Daten innerhalb der Europäischen Union sichergestellt, und auch andererseits der freie Datenverkehr innerhalb des Europäischen Binnenmarktes gewährleistet werden. Das trifft natürlich auch in bestimmten Maße für Kleingartenvereine zu. Die Umsetzung der DSGVO im BV und den Vereinen muss zur Sicherstellung der Arbeit zügig erfolgen. Es geht darum, Fehler und Verstöße zu vermeiden. Dabei ist immer noch die Mitarbeit aller Vorstände und der Informationsaustausch wichtig. „Was wir auf unserer

Beratung im November begonnen haben, muss fortgesetzt werden, im Interesse und mit den Erfahrungen aller Vereine“, so der Vorstand.

Was hat der Vorstand für 2019 in dieser Sache konkret im Plan? Hier stehen stichpunktartig folgende Prämissen: Alle relevanten Unterlagen in die dafür vorgesehenen Schränke einsortieren. Unterlagen überarbeiten nach dem Gesichtspunkt der Aufbewahrungsfristen. Elektronische Unterlagen archivieren unter den Vorgaben des Datenschutzes. Weiter Unterlagen Digitalisieren und entsprechend ablegen.

Ein dritter und ebenso gewichtiger Schwerpunkt ist auch in Bernau die Unterstützung der Arbeit der Vereinsvorstände. Neue Vorstände und auch neue Vorstandsmitglieder haben es oft

schwer, ihre Arbeit richtig zu organisieren. Oftmals fehlen ihnen Kenntnisse über Vorgaben des Vereinsrechtes.

Der Vorstand: „Wir wollen hierfür Unterlagen erarbeiten, die unterstützend sind, aber wir wollen auch unterstützen in dem wir mit den Gartenfreunden sprechen, ihnen Hinweise und Vorschläge geben und auch Fragen beantworten. Dazu wollen wir uns mit den Vorständen zusammensetzen und im gemeinsamen Gespräch Lösungen und Unterstützung anbieten. Hierin sehen wir eine wirksamere Arbeit als mit Schulungen und Dokumenten. Es kann über alle Fragen gesprochen werden und spezielle und gezielte Hinweise gegeben werden.“ Diese Form der Hilfe ist sicherlich zeitintensiver, aber sicher auch effektiver und wirksamer. -bm

Infos zur Drittellösung bei kleingärtnerischer Nutzung

In der abschließenden Herbstausgabe der „Märkischen Gärtnerpost“ hatten wir versprochen, ein im Bezirksverband Bernau und Umgebung bekanntes Papier des Kleingartenvereins „Sonnenblume“ e.V. zum alle bewegenden Thema „Kleingärtnerische Nutzung“ in unserer Zeitung zu behandeln. Das soll hiermit geschehen.

Ausgangspunkt der Gartenfreunde war die Feststellung, dass „ein Drittel kleingärtnerische Nutzung“ für jeden Kleingärtner Pflicht sei. Was ist das genau und wie bekommt man es auch mit weniger Zeit hin? Denn schließlich sind auch noch viele KleingärtnerInnen berufstätig.

Ausgangspunkt ist die Begriffsbestimmung gemäß dem BKleingG, Paragraph 1. Unter Absatz 1 steht dort: „Ein Kleingarten ist ein Garten, der dem Nutzer (Kleingärtner) zur nicht-erwerbsmäßigen gärtnerischen Nutzung, insbesondere zur Gewinnung von Gartenerzeugnissen für den Eigenbedarf und zur Erholung (kleingärtnerische Nutzung) dient...“

Mit der Bezeichnung „...Anbau von Gartenerzeugnissen für den Eigenbedarf“ sind in erster Linie Anpflanzungen von Gemüse und Obstgehölzen zur Gewinnung von Gartenerzeugnissen gemeint. Der Verein „Sonnenblume“ geht weiter auf die Entscheidung des BGH vom 17. Juni 2014 ein, dass „in der Regel wenigstens ein Drittel der



Fläche zum Anbau von Gartenerzeugnissen für den Eigenbedarf...“ zu nutzen sei.

Der Verein hat sich diesbezüglich eine eigene Gartenordnung erlassen. Und die Bernauer Gartenfreunde appellieren an ihre Nutzer: „Von Bedeutung ist die grundsätzliche Einhaltung der Gartenordnung durch unsere Pächter im Sinne der Einhaltung der gesetzlichen Forderung an die gesamte Kleingartenanlage. Nur so kann die Erhaltung des Status für die Gesamtanlage gesichert werden.“

Im Klartext: Wer seine Parzelle nicht ordnungsgemäß kleingärtnerisch nutzt, verstößt nicht nur gegen das Bundeskleingartengesetz und die Gartenordnung und gefährdet damit das Pachtverhältnis, es wird auch der Bestand der Kleingartenanlage insgesamt gefährdet.

Wie bekommt man nun kleingärtnerische Nutzung auch mit weniger Zeit hin?

Obst- und Gemüseanbau soll den Gärten das Gepräge geben. In diesem Sinne gehören in den Kleingarten

- Beetflächen, z. B. mit ein- und mehrjährigen Gemüsepflanzen und Feldfrüchten, Kräutern und Erdbeeren;

- Obstbäume und/oder Beeresträucher, hierzu zählen auch Rankgewächse sowie Nutzpflanzen für die Tierwelt;

- kleingärtnerische Sonderflächen wie Gewächshäuser, Frühbeete, Kompostanlagen.

Für Beetflächen sollte man mindestens 10 % der Gartenfläche vorsehen. Sie können flächenmäßig überwiegend als Gemüsebeete gestaltet werden. Sie können teilweise oder ganz in Form von Hochbeeten angelegt sein.

Obstbäume und Beeresträucher, sowie die „Nutzpflanzen für die Tierwelt“ bringen erheblichen Quadratmetergewinn und machen nicht so viel Arbeit.

Auf den Beetflächen kann man Kartoffeln, Erdbeeren und Kräuter anpflanzen, die ebenfalls wenig Aufwand verursachen.

Auch ein großer Kürbis breitet sich im Lauf seines Wachstums ganz eisdynamisch über mehrere Quadratmeter aus, die somit ordentlich kleingärtnerisch genutzt sind. Man muss nur gelegentlich die Triebe in die richtige Richtung legen.

Aber Achtung: Monokulturen sind natürlich nicht erlaubt, denn es ist ja die Vielfalt der kleingärtnerischen Nutzung, die gefordert wird.

Gründonnerstag gibt es erneut „Kalauer statt Knöllchen“

Calau.14.04.2019. Pünktlich zum Start des Osterfestes gibt es in Calau wieder die beliebte und einzigartige Aktion

„Kalauer statt Knöllchen“. Am Gründonnerstag, dem 18. April, wird Politeur Jörg Suchomel wieder die beliebten

Witze an alle Falschparker in der Innenstadt verteilen.

Seit 2001 führt die „Kerngesunde Kleinstadt mit Witz“ schon die Aktion „Kalauer statt Knöllchen“ durch und sie erfreut sich immer wieder großer Beliebtheit: „Es gibt regelrecht Sammler, die teilweise weite Strecken auf sich nehmen und an diesem Tag absichtlich falsch parken“, erklärt Jörg Suchomel. Neben einem nett gemeinten Schrei-

ben mit Witz, unterzeichnet von Bürgermeister Werner Suchner, gibt es für jeden Autofahrer eine „dufte“ Überraschung.

Also, vergessen Sie ruhig mal den Autofahreranstand und parken sie im Parkverbot, ohne Parkscheibe oder entgegengesetzt der Fahrtrichtung – belohnt werden Sie dafür nur in Calau, der „Kerngesunden Kleinstadt mit Witz“.



Erwischt: Politeur Jörg Suchomel verteilt täglich in Calau Knöllchen an Falschparker. Zwei Mal im Jahr gibt es allerdings „Kalauer statt Knöllchen“.

Foto: Archiv / Stadt Calau

Neue Adresse: BV Calau

Der BV Calau zog am 06.04.2019 um.
Es ändert sich nur die Anschrift:

Bezirksverband Calau (NL)
der Gartenfreunde e.V.
Alexander-von-Humboldt-Str. 15
03222 Lübbenau / Spreewald

kleingarten-bv-calau@web.de

Telefon: 03542-88 72 59
Fax: 03542-93 95 96 4

FACHLICHER CHARAKTER STÄRKER IM BLICKPUNKT

Die Brandenburgische Landwirtschaftsausstellung (BraLa) wird inhaltlich neu aufgestellt. auf dem MAFZ-Gelände in Paaren/Glien. Ziel ist, die BraLa langfristig stärker als Fachveranstaltung zu positionieren und damit die Zahl der Fachbesucher zu erhöhen. Die Maßnahmen reichen vom neuen Termin bis zu begleitenden Informationsangeboten wie tägliche Fachvorträge und Podiumsdiskussionen.

Ab sofort wird die BraLa nicht am Himmelfahrtstag, sondern jeweils vor dem zweiten Mai-Wochenende des Jahres ihre Pforten öffnen. Hintergrund der generellen Terminverschiebung ist, dass der bisher übliche Bruckentag und damit ein potenzieller Kurzurlaub entfällt. Die MAFZ-Geschäftsführung verspricht sich davon mehr Zuspruch durch Aussteller und Fachbesucher.

Zur Unterstreichung des fachlichen Charakters dient das so genannte „Expertenforum“. Konkret: In der Brandenburghalle präsentieren sich Verbände, wissenschaftliche Institute und andere Brancheneinrichtungen, flan-



kiert von täglichen Informationsveranstaltungen und Expertenrunden rund um die Land- und Ernährungswirtschaft.

Neu ist auch die SchulerBraLa mit BraLaCampus, wo sich Schulklassen im Rahmen ihres Projekttagess vor Ort über ausgewählte Agrarthemen informieren und die Gelegenheit nutzen können, weitere landwirtschaftliche Bereiche kennenzulernen. Hintergrund ist hier auch, junge Menschen an die „grünen Berufe“ heranzuführen. Im

Idealfall sollte es landwirtschaftlichen Betrieben sogar gelingen, auf diesem Wege Auszubildende bzw. Berufsnachwuchs zu rekrutieren.

Die Fokussierung auf den Fach-Charakter der BraLa kommt auch dem vom Marketingverband pro agro forcierten Vernetzungsgedanken entgegen. Demzufolge sollen Land- und Ernährungswirtschaft während der vier Tage über eine „analoge“ Plattform verfügen, um beim Gedanken- und Informationsaustausch Wertschöpfungspotenziale

zu ermitteln und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten.

Gemäß dem Begriff „Landwirtschaftsausstellung“ sind hier in erster Linie die Erzeugerebene (Direktvermarktung) und landtouristische Aktivitäten angesprochen. Entsprechend wird wieder der pro agro-Regionalmarkt stattfinden, wo auf ca. 3.000 qm Fläche rund 30 Aussteller ihre kulinarischen Spezialitäten, kunsthandwerklichen Fertigkeiten und landtouristischen Angebote präsentieren.

Daneben hat pro agro in seinem großen Zelt zahlreiche Aktivitäten geplant. So werden etwa am Donnerstag im Rahmen der SchulerBraLa zwei Schulklassen im pro agro-Kochstudio unter Anleitung von Profis aus regionalen Produkten schmackhafte Gerichte zubereiten. Gemäß dem Motto „Wild auf Wild“ können interessierte Zuschauer außerdem am Donnerstag, Sonnabend und Sonntag die Verarbeitung und Zubereitung von Wild beobachten („Gläserne Wildproduktion“). Dazwischen, am Freitag, findet halbtags die Landesbauernversammlung statt.

Bienenprojekt 2019 in Luckenwalde

Im Kreisverband der Gartenfreunde Luckenwalde ist für 2019 ein Bienenprojekt gestartet. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit mit dem Imker Christian Kirst und dem Bienenstaudengarten in der Sparte „Stadtspark“. Die „Märkische Gärtnerpost“ nimmt das zum Anlass, alle KleingärtnerInnen rund um die Biene zu informieren.

Das historische Bild des Imkers

Der Imker galt früher als ausgemachter Fachmann, auf dessen Wissen und Fähigkeiten man nicht verzichten konnte. Anders als in anderen handwerklichen Berufen konnte die Arbeit nicht kurzzeitig (Leiharbeitern, Erntehelfern) übergeben werden, da man die Eigenheiten der Völker kennen musste und ihr Verlust nur schwer und aufwändig ersetzbar war. Ein erfahrener Imker sah sofort, in welchem Zustand sich seine Bienenvölker befanden, konnte dieses umfangreiche Wissen aber schlecht in kurzer Zeit vermitteln. Deshalb galten Imker als Einzelgänger, deren eigentliche Arbeitstätigkeit nie so recht bekannt wurde. Das auch, weil summende Bienen unerfahrene Zuschauer auf Abstand halten. Da ein gestochener Imker keinen Schmerz zeigt, sondern ruhig weiter arbeitet,



galt er zudem als abgehärteter oder erschrockener. Da die Tätigkeit auch im hohen Alter noch ausgeführt werden kann, wurde die Imkerei oftmals den Alten übertragen. Imker wurden mit Alter, Weisheit und Erfahrung, aber auch mit Verschrobenheit assoziiert.



Dieses Bild ist mit der industriellen Zuckerherstellung zu Anfang des 19. Jahrhunderts, dem späteren Honigimport und der somit sinkenden Bedeutung des Imkerberufs im ländlichen Bereich in den Hintergrund getreten. Heute gilt der Imker eher als selbstbestimmter Landwirt, der in der Natur tätig ist und sich seine Arbeitszeit frei einteilen kann.

Imkerei in Deutschland

In Deutschland gibt es aktuell etwa 100.000 Imker mit etwa 800.000 Bienenvölkern. Rund 95 % der Imker in Deutschland sind Freizeitimker. Wenige betreiben die Imkerei im Nebenerwerb, und nur etwa 500 sind Berufsimker.

Die allgemein angenommene Grenze für ein sicheres positives Betriebsergebnis liegt nach Einschätzung der deutschen Finanzämter bei mindestens 30 Bienenvölkern.

In Deutschland wird vergleichsweise viel Honig verzehrt (ca. 1,0 kg / Kopf und Jahr). Davon werden etwa 20 % des Honigs von heimischen Imkern geliefert, der Rest wird aus dem Ausland importiert. Eine Erhöhung der Inlandproduktion wäre für die Imkerschaft kein Problem, einziger Grund für die hohe Importmenge ist der Preis des Honigs. Dieser marktwirtschaftlichen Konkurrenz muss sich auch der Deutsche Honig stellen.

Ein wesentliches Problem der Imkerei war lange Zeit der Nachwuchsmangel. Das Durchschnittsalter der Imker in Deutschland liegt derzeit bei 57 Jahren. Seit 2008 steigt die Zahl der Imker wieder. Um dem Nachwuchsmangel, auch speziell unter der weiblichen Imkerschaft entgegenzuwirken und um auch mehr Frauen für die Imkerei zu begeistern, rief der Deutsche Imkerbund das Jahr 2008 zum Jahr der Frau in der Imkerei aus. Hauptprobleme in der Imkerei sind das abnehmende Blütenangebot, die Anwendung von Pestiziden in der Landwirtschaft sowie die Varroamilbe. *(wird fortgesetzt)*

Ansprechpartner in Sachen Kleingarten

Von der Jahreshauptversammlung im Kreisverband Oberhavel berichtet

„Auch in diesem Jahr möchten wir am Beginn unserer Jahreshauptversammlung über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes berichten und Bilanz ziehen, was wir für unseren Verband erreichen konnten – und wo die Säge klemmt“, mit diesen Worten begann der Vorsitzende Harald Böttcher seinen Bericht. Natürlich kann man nicht alle Probleme in ein paar Seiten packen. So war auch Gartenfreund Böttcher bemüht, nur das Wesentliche zu nennen und Dinge beiseite zu lassen, die schon zig Mal gesagt wurden. Andere Probleme konnten auch nur angerissen werden. Erinnert wurde u. a. an die für die Sicherung der Kleingartenanlagen so grundlegend wichtige und Existenzsichernde kleingärtnerische Nutzung.

Der Vorstand nahm auch im zu Ende gehenden Berichtszeitraum an turnusmäßigen Veranstaltungen des Landesverbandes – Bewerter- und Fachberaterschulungen, Seminaren, Jahresversammlung und Landeskleingartenbeirat - teil.

Kritisch musste der Vorstand jedoch anmerken, dass sie „bereits seit längerer Zeit vorliegende Fragen bezüglich Problemen des Bestandsschutzes in ostdeutschen Kleingärten und notwendigen Anpassungen im Kleingarten-

recht keine Antwort fanden.“ Diese Probleme müssen durch den Landesverband in Zukunft eine Klärung erfahren, meinen die Gartenfreunde aus Oberhavel.

„Auch in der Öffentlichkeitsarbeit gab es Probleme“, heißt es weiter im Bericht. „Nach dem zunächst recht hoffnungsvollen Beginn in Form eines Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg im Frühjahr 2018, aus dem bestehendes Interesse für die Erhaltung der Kleingärten auch im Berliner Umland geschlossen werden konnte, mussten wir inzwischen erkennen, dass hier vermutlich vor allem bei uns der Wunsch der Vater des Gedankens war. Zwar wird von Politikern aller Ebenen die Erhaltung von Kleingärten als wünschenswertes Ziel dargestellt, bei Forderungen nach einer konkreten Umsetzung durch entsprechende politische Weichenstellungen wird aber dann immer auf die Verantwortung der Kommunen verwiesen.“

Die Gartenfreunde aus Oberhavel waren auch im Berichtszeitraum in allen Ebenen tätig – von der Stadt über den Kreis bis hin zum Land. Enttäuschend sind dann natürlich solche Absagen wie die vom Landrat Westkamp.

Leider sind es im Berliner Umland

zumeist keine wirklich notwendigen Sozialwohnungen, sondern es wird versucht, Luxuswohnungen für betuchte Mitbürger zu errichten, letztendlich um finanzielle Interessen der Kommunen zu befriedigen.

Der Vorstand dazu: „Als Verband müssen wir auf jeden Fall andere als bisher beschrittene Wege suchen, um die Feststellung zu publizieren und durchzusetzen, dass Kleingärten genauso zur Kommune gehören wie Wege, Schulen und Kindergärten. Dafür ist ein siebenköpfiger Vorstand einfach nicht ausreichend. Die Vorstände und Mitglieder aller Kleingärtnerorganisationen im Territorium sollten Kontakt zu den Kommunen aufnehmen, um die Interessen der Kleingärtner zu vertreten und rechtzeitig zu erkennen, wenn Kleingartenanlagen in Bauland umgewandelt werden soll. Stellt euch dort als Ansprechpartner in Sachen Kleingarten vor!“ Und damit ist nicht mehr und nicht weniger eine effektive Öffentlichkeitsarbeit gemeint. So heißt es auch ganz richtig abschließend im Bericht des Vorstandes: „Entscheidend bei dieser Aufgabe (der Öffentlichkeitsarbeit, d. Red.) ist nicht die Frage, mit welchem Aufwand wir diese Arbeit betreiben,

sondern wie effizient wir in der Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen werden. Öffentlichkeit, das sind nicht nur die Kommunen und Vertreter politischer Kräfte, Öffentlichkeit das ist auch vor allem die uns umgebende Bevölkerung. Gute und richtige Ansätze sind durchaus vorhanden. Jährliche Vereinsfeste, an denen die Öffentlichkeit teilnimmt, die Präsenz bei Ausstellungen und Märkten aber auch die Öffnung der Anlagen zum Spazierengehen bewirken hier schon viel. Stellvertretend für die gute Arbeit leistenden Vereine seien hier die ‚Eintracht Orania‘ oder ‚Am Feld‘ genannt.“

Diese und andere Bemühungen von Vereinen und des Kreisvorstandes fanden im Bericht ihren Niederschlag. Eine insgesamt – bei allen kritischen Hinweisen – doch gute Tätigkeit des Kreisvorstandes spiegelte nicht zuletzt auch das Ergebnis der Vorstandswahlen wider: Harald Böttcher (1. Vorsitzender), Iris Voigt (stellvertretende Vorsitzende), Wolfgang Schmidt (Finanzen), Michael Höpfner (Schriftführer), die Beisitzer Patrick Henning und Lutz Schäfer sowie Fachberater Siebert Neubauer erhielten 100 Prozent Zustimmung bei den Vorstandswahlen. Glückwunsch!

Eine Meldung in der Tagespresse

Über 10 Stunden Löscharbeiten am Osterwochenende:

Großer Waldbrand bei Oranienburg erfasst fast vier Hektar Kiefernwald – über 100 Feuerwehrleute opfern freien Ostermontag für Löscharbeiten

Brand gleich an zwei Stellen zwischen Nassenheide und Oranienburg – Löscharbeiten dauern wohl noch bis in die Nachmittagsstunden an – Löschwasser muss aufwändig im Pendelverkehr mit Tanklöschfahrzeugen zur Einsatzstelle gebracht werden

Erneut gab es in Brandenburg einen Waldbrand und die Flächen werden immer größer: In der Nacht zu Ostermontag brannte es zwischen Nassenheide und Oranienburg auf fast vier Hektar. Teils meterhohe Flammen loderten gleich an zwei Brandstellen in der mit Kiefern und Strauchwerk bewachsenen Fläche. Später vereinigte sich das Feuer gar zu einem großen Brand.

Rund 100 Einsatzkräfte aus der Region opferten daher ihren freien Ostermontag für die Löscharbeiten, die sich nach derzeitigen Schätzungen noch bis in den Nachmittag hinein hinziehen werden. Das Löschwasser muss in der schlecht zugänglichen Gegend mit



zahlreichen Tanklöschfahrzeugen im Pendelverkehr zur Brandstelle gebracht werden.

Wie der Brand ausgebrochen ist, ist noch unklar. Es ist aber leider wahrscheinlich, dass die Ursache auf Brand-

stiftung zurückzuführen ist.

(Mehr auf Seite 12)

Prenzlau - das ist die grüne Stadt am Uckersee

Prenzlau - das sind altherwürdige Gemäuer wie das Dominikanerkloster oder die imposant sich erhebende Kirche St. Marien, die schon von Ferne grüßt, noch bevor man die Tore der Stadt erreicht hat. Prenzlau - das ist die Geburtsstadt der späteren Gemahlin des Preußen-Königs, der Prinzessin Friederike Luise von Hessen-Darmstadt, und es ist die Geburtsstadt des klassischen Landschaftsmalers und Goethe-Freundes Jacob Philipp Hackert. In Prenzlau erblickte ebenfalls Christiane Wartenberg das Licht der Welt. Bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau lief sie auf der Distanz von 1.500 Metern zur Silbermedaille. In Prenzlau ging zudem auch Armin Mueller-Stahl, der bekannte Hollywood-Mime, eine Zeitlang zur Schule.

Zweifelssohne: Die Stadt hat Geschichten zu erzählen. Jedoch längst nicht nur die aus alten Zeiten. Prenzlau ist, wenngleich die erstmalige urkundliche Erwähnung im Jahre 1234 ein Weilchen zurückliegt - längst nicht nur eine alte, sondern zugleich auch junge Stadt. Vor allem in den letzten Jahren hat sie ihr Gesicht verändert, ist mit der Landesgartenschau, die 2013 die Gäste in Scharen anzog, aufgeblüht. Historisches und Modernes wurden miteinander verknüpft, der Blick auf den See geöffnet, der Stadt eine neue Lebendigkeit eingehaucht. Selbstbewusst und einladend präsentiert sich die Kreisstadt der Uckermark heute. Sie ist Stadt der Erneuerbaren Energien, Behördenstandort und Garnisonsstadt. Mittelständische Unternehmen, Handwerker und Dienstleister, Gastronomen



und Hoteliers, Einzelhändler und landwirtschaftliche Betriebe prägen die Stadt, geben den Menschen Arbeit und sorgen dafür, dass Prenzlau weit über die Grenzen des Landkreises Uckermark und des Landes Brandenburg hinaus bekannt ist.

Im Südwesten grenzt das Stadtgebiet an den Naturpark Uckermärkische Seen und im Süden schließen sich die beiden größten Seen der Uckermark an die Stadt Prenzlau an - der Unteruckersee und der, im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin liegende, Oberuckersee. Eine Vielzahl historischer Gebäude wartet auf Ihre Besichtigung. Unter ihnen

das vollständig restaurierte Dominikanerkloster, das heute zu Kulturveranstaltungen aller Art einlädt und die bereits erwähnte St. Marien Kirche - von ihren Türmen haben Sie einen weithin offenen Blick über das Uckertal. Und was ein Uckermärker meint, wenn er sagt, dass „wir steinreich sind“, erzählen Ihnen die kleinen Feldsteinkirchen in den Dörfern rund um Prenzlau. Zu ausgedehnten Spaziergängen in der Natur laden Sie unter anderem das Naherholungsgebiet Kleine Heide und die Uferpromenade des Unteruckersees ein.



Der Mittelerturm und die Marienkirche bilden gemeinsam die bekannteste Stadtsicht Prenzlaus

Fontane.200 – die Leitausstellung

Unter dem Motto Fontane.200 feiert das Land Brandenburg im Jahr 2019 den 200. Geburtstag des märkischen Schriftstellers und Dichters, der auch für seine „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ berühmt ist. Das Werk ist nicht nur für Neuruppin, sondern auch für das ganze Land Brandenburg identitätsstiftend geworden. Schwerpunkt für die Feierlichkeiten ist die Stadt Neuruppin. Doch nicht nur die Fontanestadt richtet Veranstaltungen im Jubiläumsjahr aus. Auch viele andere Orte in der Mark planen Ausstellungen, Feste und Events für Fontane- und Literaturfans aus Brandenburg, Berlin und ganz Deutschland.

Die zentrale Ausstellung 30. März bis 30. Dezember 2019 zum Fontanejubiläum im Museum Neuruppin zeigt Fontane als Wortsammler, Schreibdenker und Textprogrammierer.



Die Ausstellung „fontane.200/autor“ geht u.a. den Fragen nach, woher Fontane seine Ideen hatte, wie er seinen Figuren erfand und warum manche Dinge in Fontanes Romanen immer wieder auftauchen. In der Ausstellung können die Besucher das literarische

Werk des Schriftstellers auf unterhaltsame Weise entdecken.

Theodor Fontane: Literatur und Begleitprogramm

Die Leitausstellung zum Fontanejahr verbindet literaturwissenschaftliche Forschung und moderne Museumsgestaltung. Grundlage ist die digitale Edition von Theodor Fontanes Notizbüchern, die für unterschiedliche Weisen des Lesens genutzt werden können. Dazu gibt es ein Begleitprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Tipp: Öffentliche Druckerwerkstatt am Sonntag

An den meisten Sonntagen im Ausstellungszeitraum gibt es zwischen 11 und 13 Uhr eine offene Druckerwerkstatt, bei der ein gelernter Buchdrucker die Besucher in die Geheimnisse des

Letterndrucks einweicht. Öffentliche Führungen durch die Ausstellung werden am Donnerstag um 16 Uhr und am Sonntag um 14 Uhr angeboten.

Auf einen Blick:

Was: fontane.200/Autor - Die Leitausstellung

Wann: Samstag, 30. März bis Montag, 30. Dezember 2019

Öffnungszeiten: Montag, Donnerstag, Freitag, Samstag, Sonntag, Feiertag 10 bis 17 Uhr; Mittwoch 10 bis 19 Uhr; Dienstag geschlossen

Wo: Museum Neuruppin, August-Bebel-Straße

Eintritt: 8,50 Euro, ermäßigt 6 Euro, Gruppenkarte 6 Euro p.P. ab 10 Personen, freier Eintritt am Mittwoch zwischen 17 und 19 Uhr sowie bis 18 Jahre, ALG-II-Empfänger und ICOM-Mitglieder



KOMMUNAL: Vor Ort für ein soziales Brandenburg

DIE LINKE. Brandenburg hat am 9. April 2019 in Potsdam ihre Kommunalwahlkampagne gestartet. Mit ca. 1.900 Kandidat*innen kämpft die Partei um Mandate in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen.

„Auch wenn die Situation in den

brandenburgischen Kommunen sehr unterschiedlich ist – Themen wie gute Bildung, bezahlbare Mieten und ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr sind in allen Regionen des Landes wichtig. Gemeinsam mit unseren kommunalen Kandidat*innen kümmern wir uns vor Ort um die Probleme der

Menschen“, sagte Kathrin Dannenberg, Spitzenkandidatin der LINKEN zur Landtagswahl, bei der Vorstellung der Kampagne im Potsdamer Lustgarten.

„Um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes zu entwickeln, braucht es eine enge Zu-

sammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Land. Dafür steht DIE LINKE. – in Verantwortung auf Landesebene aber auch in den Kreisen, Städten und Gemeinden“, betonte Sebastian Walter, ebenfalls Spitzenkandidat der LINKEN zur Landtagswahl 2019.

EU: Am 26. Mai 2019 DIE LINKE wählen



Für eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt: 25.000 Lobbyisten machen für die Unternehmen und Reichen Druck auf das Europäische Parlament.

DIE LINKE lässt sich nicht kaufen. Wir wollen starke Parlamente und eine gemeinsame Verfassung.

Gemeinsam mit Millionen von Menschen setzen wir uns ein für gute Arbeit, gutes Klima und ein Europa, für das es sich zu kämpfen lohnt. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme.

Über Jahrhunderte Gewachsenes erhalten

Die Reduzierung der Kleingartenflächen in Stadt und Land – Teil 2

In unserer letzten Ausgabe haben wir bereits unter der obigen Überschrift einen Artikel zu bestimmten Fragen des politischen Vorgehens der Städte und Gemeinden zur Reduzierung von Kleingartenflächen veröffentlicht und unsere Auffassung zu Mainstreamentscheidungen aus Politik und Wirtschaft kundgetan. Der in diesem Artikel verwendete, von Rechtsanwalt Schröder für den Landesverband Brandenburg der Gartenfreunde e.V. verfasste Text, enthält noch weitere Argumente, die wir dem Leser nicht vorenthalten wollen und die Nutzer von Kleingartenanlagen auch außerhalb der Ballungsgebiete betrifft sowie Fragen der Vereinstätigkeit als demokratische Form der Mitgestaltung in unserer Gesellschaft beinhaltet. Auch in diesem Fall danken wir Rechtsanwalt Schröder, dass er keine Einwände zu bestimmten redaktionellen Ergänzungen oder Auffassungen zu dem von ihm verfassten Text erhob. Inhaltlich sind auch grundsätzliche Fragen der kleingärtnerischen Nutzung in unserer heutigen Gesellschaft, die Aufgaben und Wirkungen der Kleingärtner in dieser Gesellschaft sowie Fragen der Vereinstätigkeit schlechthin angesprochen. Insbesondere auch die Anforderungen an eine mobile moderne Gesellschaftsform sind hier nicht zu vernachlässigen und werden als neue Herausforderung und Aufgabenstellung für Kleingärtner und deren Vereine charakterisiert.

Erholungseffekte, die Möglichkeit der Entschleunigung in unserer heutigen, immer hektischer werdenden und mit umfangreichen äußeren Reizeinflüssen belasteten Gesellschaft werden notwendig, Burn-out-Erkrankungen sind nur als eine Folge, ein Grund dafür zu benennen. Kleingartenanlagen sorgen für Erholungseffekte.

Nach den weiteren, überzeugend dargelegten Argumenten von Rechtsanwalt Schröder seien flächenmäßig reduzierte Kleingärten dem nicht dienlich, verringern die Attraktivität der Anlagen oder machen sie zumindest für zahlreiche Kleingärtner und Besucher weniger interessant. Dies führe nun wiederum zu einer Zerstörung des gesellschaftlichen Gefüges, des sozialen Ausgleichs zwischen Reich und Arm, Jung und Alt und verringert die Möglichkeit der Heranführung der Jugend an eine naturverbundene und gesunde Lebensführung. Dies seien nur einige der weiteren Aspekte, die neben der Klimabelastung zu betrachten wären. Damit auch verbundenen sei die Zer-



Rechtsanwalt Walter Schröder

störung von Vereinstätigkeit, beinhaltet ein demokratisch loyales Verhalten



ten, Übernehmen von Verantwortung, welche z.B. unter dem Oberbegriff „ehrenamtliche Tätigkeit“ zurecht von den Politikern als die Zivilgesellschaft erhaltend bezeichnet wird. Derartige Einengungen und sogar Ausgrenzungen der Kleingärtner haben so auch gesellschaftspolitische Konsequenzen, was zu einer der Gesellschaft abträglichen Polarisierung führen kann.

Auch den ländlichen mit Kleinstädten versehenen Gebieten nutze eine derartige Diskussion der Verringerung der Kleingartengröße nichts. Dort wird zunehmend mit Leerstand gekämpft, was

wiederum das äußere Erscheinungsbild der gesamten Kleingartenanlage und bei Ortsnähe auch das Erscheinungsbild des Ortes in Mitleidenschaft zieht. Fragen, die beispielsweise den Rückbau von Kleingärten betreffen, werden so nicht gelöst. Selbst zurückgebaute ganze Kleingartenanlagen stellen für Landschaft und Kommunen oft ein Problem dar, da diese als illegale Müllkippen genutzt werden oder ähnliche negative Erscheinungsformen aufweisen.

Die zunehmende Attraktivität dieser Kleingartenanlagen für Großstädter, die mangels Möglichkeit eines ortsnahen Kleingartens derartige Anlagen im Umland suchen, wird so nicht gefördert. Im Gegenteil, die Praxis der Handhabung und teilweise sogar die Rechtsprechung zur Durchsetzung des BKleingG gefährde diese Nutzung der Kleingärten und berücksichtigt die veränderten Bedingungen und gesellschaftlichen Anforderungen an das Kleingartenwesen nicht.

Das Finanzgebaren einzelner Kommunen gefährde den Erhalt der Kleingartenanlagen zusätzlich, in dem sie beispielsweise Zweitwohnsteuer oder Kurbeiträge anstreben oder erheben, so dass weiter entfernt wohnhafte Nutzer von der Übernahme oder den Erhalt des Kleingartens abgeschreckt werden. Insgesamt sei eine derartige Politik und Diskussion zur Kleingärtnerlei der allumfassenden gesellschaftlichen Funktion der Anlagen und Vereine (vom demokratischen Miteinander über den demographischen Wandel

bis zum Klima) abträglich und löse die Aufgaben nicht. Die Politik und die Rechtsprechung zur Kleingärtnerlei muss sich den veränderten Bedingungen und Aufgaben des Kleingartenwesens, auf die das BKleingG wirkt, stellen. Die fehlerhafte, mitunter schon als grotesk zu bezeichnende Auffassung, das Kleingartenwesen habe sich überholt, es bestehe gesellschaftspolitisch kein oder nur sehr geringer Bedarf (was außerhalb der Ballungsgebiete örtlich zutreffen kann), ist grundsätzlich falsch und gefährlich. Das soziale Gefüge der Gesellschaft gerät so immer mehr in eine Schieflage. Dem Klimawandel und der teilweisen Zerstörung von Flora und Fauna (dokumentiert, z.B. durch das Aussterben von zahlreichen Pflanzen und Insekten sowie anderen Tieren), dem Angriff auf demokratische Formen des Miteinanders muss entgegengetreten werden. Die Kleingärtnerlei kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten.

Ein auf kurzfristigen Erfolg ausgerichtetes Denken, welches Kleingartenanlagen gefährdet oder sogar vernichtet, zerstört viel mehr als nur das geographische Klima, es wirkt auch zerstörerisch auf über Jahrhunderte an demokratischen Strukturen und Ertragschaften Gewachsenes. Behauptungen, diese Strukturen stellen keine Errungenschaften mehr dar, da sie sich überholt haben, sind, wie auch dass die Gesellschaft schädigende Auseinandersetzungen und Polarisieren in der politischen Argumentation zeigt, falsch.

Vom „Angergrund“ und „Klein Sanssouci“ – und anderen?

Profitbestrebungen von Grundstückseigentümern – Gefahren für Kleingärten

Unter Bezug auf den Artikel in der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) vom 9.1.2019 haben wir unter Verwendung eines Textes von Rechtsanwalt Schröder an den Landesverband Brandenburg der Gartenfreunde e.V. (der zweite Teil dieses Textes befindet sich ebenfalls mit eigenen Gedanken in der jetzigen Ausgabe) bereits in unserer Märzangabe auch kurz zu den Kleingartenanlagen „Angergrund“ in Babelsberg und „Klein Sanssouci“ in Potsdam einiges ausgeführt. Die Existenz der Kleingartenanlage „Angergrund“ bleibt weiter in der Schwebe. Gesichert sind derzeit nur sechs Gärten, die sich auf einem pachtvertraglich gebundenen Grundstück eines Eigentümers befinden, der die Kleingärten erhalten will (auch dies gibt es und ist nicht hoch genug einzuschätzen). Der weitestgehend größere Teil der Anlage befindet sich im Eigentum der TAMAX GmbH (augenscheinlich ein Immobilienhai). Nach der von der Stadt Potsdam ausgesprochenen Veränderungssperre wurde in Gesprächen mit der TAMAX GmbH versucht, einen Kompromiss über die Grundstücksnutzung zu erreichen mit der Zielsetzung, eine erhebliche Zahl von Kleingärten zu sichern. Zielrichtung ist also eine Win-Win-Situation zu schaffen. Aus ökologischen und sozialen Gründen ist dies weiter anzustreben. Das Ziel wurde bisher nicht erreicht. Im Gegenteil, die TAMAX GmbH stellt immer neue und umfangreichere Bedingungen. Ein anderer Grundstückseigentümer verhält sich in ähnlicher Weise und bedrängt die Kleingärtner der Anlage „Klein Sanssouci“.

Beide Anlagen in Gefahr

Auch die Anlage „Klein Sanssouci“ (jetzt wird die Kleingartenanlage unter dem Namen „Lennégärten“ geführt) ist nach unserer Auffassung als Kleingartenanlage (obwohl als solche durch Verwaltungsakt B-Plan-rechtlich gesichert) weiter in Gefahr. Nachdem der Grundstückseigentümer alles unternommen hatte, um die Kleingärtner zu verdrängen, sah sich die Stadt Potsdam veranlasst, ein Enteignungsverfahren zu beantragen, was vom zuständigen Ministerium auch in die Wege geleitet wurde. In der Enteignungsverhandlung verkündete der Grundstückseigentümer, dass er einen neuen Kleingartenverein gegründet habe, mit dem nunmehr ein neuer Zwischenpachtvertrag zur Kleingartenanlage existiere (wir berichteten auch darüber). Es scheint ein Scheinverein zu sein ohne Gartenfachberater,

nur dazu dienlich die Machenschaften des Grundstückseigentümers durchzusetzen. Der Grundstückseigentümer, der Mitglied im Vorstand dieses neuen Kleingartenvereins „Lennégärten“ e.V. ist, hat seither unter Duldung und offensichtlicher Befürwortung dieses Vereins bestehende Gemeinschaftseinrichtungen teilweise zerstört und dies verbunden mit der Erhöhung von Ge-

bühren zu seinen Gunsten (die jährlichen Grundgebühren für Wasser und Strom vor dem Eingriff des Grundstückseigentümers für die Anlage lagen bei rd. 100 € - an den öffentlichen Versorger; jetzt sind - an den Grundstückseigentümer - rd. 1.880 € zu zahlen und dies bei schlechterer Wasserqualität - vorher Trinkwasser, jetzt Gartenwasser sowie erschwerten Bedingungen zur

Stromversorgung). Die Verbrauchskosten für Wasser und Strom kommen noch hinzu.

Der Grundstückseigentümer veränderte auch den Zuschnitt von Gärten, legte willkürlich einen neuen Weg an, plante mit einem Bagger aufgegebene Gärten und vergibt diese nicht neu sowie anderes mehr.

Die Stadt sollte Gesicht zeigen

Proteste von den Kleingärtnern des Vereins „Klein Sanssouci“ e.V. werden weder von dem Verein „Lennégärten“ e.V. noch von der Stadt Potsdam gehört. Die Stadt Potsdam hat dem Verein „Lennégärten“ e.V. vorerst (nach unserer Auffassung übereilt) die kleingärtnerische Gemeinnützigkeit ohne eine Prüfung (allerdings mit Auflagen) verliehen und hält eine grundsätzliche Prüfung, trotz Drängens der Kleingärtner seit über nunmehr 3,5 Jahren, nicht für nötig, obwohl dies avisiert wurde. Die Verleihung der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit erfolgt durch das Grünflächenamt. Eine Überprüfung der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit ist nach unserer Auffassung bei diesen Verhaltensweisen, die der Verein „Lennégärten“ e.V. durch den Zwischenpachtvertrag letztlich verantwortet, dringend geboten. Die Stadt Potsdam muss sich der Problematik stellen, wie sie mit Grundstückseigentümern und/oder den Vereinen umzugehen gedenkt, die sich entgegen dem Stadtentwicklungskonzept zu den Kleingärten verhalten. Sie darf nicht weiter weiche Knie bekommen und einknicken.

Auch andere Kleingärten im Land Brandenburg sind betroffen

Einige Grundstückseigentümer schrecken offensichtlich vor nichts zurück, auch wenn die eigenen Bodenspekulationen, wie z.B. über eine Grundstücksfläche in Eisenhüttenstadt, für sie finanziell negativ ausgehen. Dieser Grundstückseigentümer hat jetzt sein Grundstück zurück und erhält keinerlei Pachtzins mehr.

In Senftenberg versucht ein Grundstückseigentümer eine Anlage zu zerstören und Teile davon in „Datschenland“ umzuwandeln. Auch hier ist die Stadt gefragt. Die Kleingärtner sind gehalten, ihrerseits in die Offensive zu gehen, und auch, wie es so schön heißt, Lobbyarbeit leisten. (Siehe auch die Bemühungen in Oberhavel, die Redaktion)



Diese Pferdeäpfel-Verwertungsstation fand unser Bildredakteur Lutz Gagsch in Nuthetal.

Quo vadis, VGS Potsdam!

Zur Berichterstattung von der Jahresmitgliederversammlung des VGS Potsdam Ende März 2019

„Beslossene Sache“ – so titelt das Print-Organ des VGS-Kreisvorstandes Potsdam in seiner jüngsten Ausgabe (April 2019) auf der Seite 2. „Beslossene Sache“ – damit meint das Blatt offensichtlich das in der Unterzeile Genannte: „Wegweisende Beschlüsse und Neuwahlen bei der Mitgliederversammlung Ende März“.

Das Vorstands-Organ „informiert“ nach ganzen vier einleitenden, „global-konkreten“ Sätzen, was „beslossene Sache“ war / ist. Und die bunte Zeitschrift verbreitet mit dieser kurzen Berichterstattung und einem unwesentlich längeren Interview mit dem wieder gewählten Vorsitzenden Wolfgang Zeidler, der in die Kamera schmunzelt, eitel Freude über den Verlauf und die Ergebnisse der besagten Jahresmitgliederversammlung Ende März 2019. Kein Wort zum Rechenschaftsbericht, der ja – da Neuwahlen anstanden – sicher auch die letzten vier Jahre des bis dato existierenden Vorstandes beleuchten hätte sollen. Kein Wort darüber, dass dem bis zur Versammlung existierenden Vorstand in den vier Jahren ganze drei Vorständler „abhanden gekommen sind“. Warum, weshalb? – NICHTS da in dem Organ des Vorstandes. Bemerkenswert auch, dass von möglichen 145 Mitgliedsvereinen zwar 115 zu Beginn erschienen waren, am Schluss aber nur noch etwas mehr als 60 (!) mit abgestimmt haben...

Ein Eklat gleich zu Beginn

In der Zeit vor der Jahresversammlung und danach haben wir einige stark kritische Schreiben aus der Mitgliedschaft des VGS Potsdam auf den Tisch bekommen. Ob das Papier und Anträge vom Verein „Fuchssteg“, Beelitz, ob der Briefwechsel zwischen einem Mitglied der Arbeitsgruppe Finanzen und dem VGS-Vorstandsvorsitzenden, ob ein Positionspapier (von sieben Vereinen autorisiert) und schließlich ein Bericht über die Jahresversammlung – ja, es gab und gibt schon sehr kritische Äußerungen zum VGS-Vorstand, auf die man reagieren hätte müssen, denken wir. Denn es brennt die Luft in der Kleingärtnerie – auch in Potsdam. (siehe auch Seite 10).

Los ging's auf der Jahresversammlung gleich mit einem Eklat. Der ehemalige, langjährige VGS-Vorsitzende Gunter Kursawe, der zur Mitgliederversammlung im Auftrag seines Vereines als Stellvertretender Vorsitzender des „Fuchssteg“ (Beelitz) ein sehr kritisches Papier eingereicht hatte, das durch



den Vorstand jedoch keine Beachtung fand und den Mitglieder nicht zur Kenntnis gebracht wurde. Warum eigentlich? Er sollte den Saal verlassen. Und der Vorstand nahm sein „Hausrecht“ in Anspruch und konnte damit den Stellvertretenden Vorsitzenden Kursawe quasi rausschmeißen. Kursawe ging und mit ihm gleich sein Vereinsvorsitzender, beide waren mit einem PKW zur Versammlung angereist. Ein Mitglied des VGS war damit gleich zu Beginn nicht mehr vertreten.

„Vorstand arbeitet desaströs“

Diese Meinung ergibt sich aus einigen der erwähnten Schreiben, die uns zur Vorstandsarbeit aber auch zum Verlauf der Mitgliederversammlung zugegangen sind. Die MV des VGS nahm – entgegen der bisherigen Gewohnheiten – eine lange Zeitdauer und Anspruch. Zum Schluss der Versammlung – kurz vor Mitternacht – zum Zeitpunkt wesentlicher Beschlussfassungen waren dann nur noch ca. 50 % der ursprünglich erschienenen Mitglieder anwesend.

Der Versuch mehrerer Vereine, im Vorfeld eine Konzentrierung der Tagesordnung auf die derzeit relevanten

Probleme des Verbandes zu erreichen, wurde abgeblockt. Zielrichtung der Vereine war es, nur über die Finanzen, die Ursachen möglicher Zweckentfremdung von Geldern und daraus zu ziehende Schlussfolgerungen zu sprechen, für Aufklärung zu sorgen und dann möglicherweise eine neue MV auch für Beschlussfassungen, die Konsequenzen aus dieser Fehlentwicklung ziehen, einzuberufen. Das wurde abgelehnt. So konnte ein Zeitmarathon mit kontroversen Äußerungen und Meinungen, die nach Auffassung von Teilnehmern keine Klarheit brachten, mit sich stetig verringernder Anwesenheit von Mitgliedern seinen Anfang nehmen und in Beschlussfassungen enden, die nach Meinung vieler Teilnehmer den Verband vor eine Zerreißprobe stellen.

Im Ergebnis ist der Mitgliedsbeitrag auf eine Höhe gebracht worden, die einzigartig im Landesverband ist und mehr als das Doppelte der üblichen Beiträge der Mitglieder im Land ausmacht. Dies, obwohl gerade die hohe Mitgliederzahl des VGS Potsdam (der KV ist der größte im LV) ein auf jeden einzelnen Kleingarten bezogenen ge-

ringen Beitrag zulässt. Die Frage, wie konnte es trotzdem zu einem solchen Finanzdesaster in der Vergangenheit kommen, welches offensichtlich ursächlich auch im Sinne eines Weiteres zur Mitgliedsbeitragserhöhung führt, wurde ausgespart. Selbst die bekannten bisherigen Erklärungen des Vorstandes des VGS, u. a. in ihrem Vorstandsblatt, lassen Vermutungen einer Zweckentfremdung von Mitgliedsgeldern und Beiträgen zu. Schlussfolgerungen dazu, Veränderungen in der Tätigkeit des Vorstandes und der Geschäftsstelle – Fehlzanzeige. Eine effektive sinnvolle Verwendung der Gelder wurde nicht diskutiert oder die Diskussion dazu abgeblockt. Auch Fragen, wie konnte es dazu kommen, dass eine hohe Summe (über 40.000 EURO) an den Verein des VGS-Vorsitzenden angeblich ohne Vorstandsbeschluss gezahlt wurde, fand keine Klärung. Eine Rückzahlung (weil möglicherweise als Darlehen gegeben) soll nicht stattgefunden haben. Kann diese Zahlung satzungsgemäß erfolgt sein? (Satzung „Die Mitgliedsvereine dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Kreisverbandes erhalten. Es darf keine Person durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden“) wurde nicht geklärt. Gab es noch weitere Satzungsverstöße? Es gibt offensichtlich auch nicht unbeträchtliche Schadensersatzansprüche gegen den Verband. Stimmt dies? Wie konnte es dazu kommen? Wer trägt die Verantwortung?

Fazit: Es sind viele grundsätzliche aber auch wesentliche Detailfragen offen geblieben. In einem der o. g. Briefe an die Redaktion heißt es gewissermaßen als Schlusswort: „Über Zukunftsmusik kann man reden... Aber zunächst muss der Verband seine hausgemachten finanziellen Probleme lösen. Wenn das geschafft ist, kann man in höhere Regionen – auch aus politischen Gründen – steigen. Zurzeit muss aber zunächst gekehrt und aufgeräumt werden!“

Leider wurden diesbezügliche Vereinsvorschläge in der Versammlung am 27.03.2019, offensichtlich aus Unkenntnis der realen Lage, erneut als persönliche Auffassungen dargestellt, abgelehnt.

„Kleingärtner wacht auf! Fordert Eure Vorsitzenden zum Gespräch mit dem Ziel der echten Stabilisierung der finanziellen Lage des Verbandes und verhindert mit aktiver Beteiligung unsinnige finanzielle Belastungen für den Verband und die eigenen Vereine.“

WERDER: Gewinner der Obstweinkruke 2019

Das Prädikat Obstweinkruke in Gold, Silber oder Bronze wurde verliehen an folgende Erzeuger:

Sauerkirsche

Goldene Kruke: Obsthof Glindow
 Silberne Kruke: Familie Uwe Leo
 Bronzene Kruke: Familie Marcel Lehnst

Erdbeere

Goldene Kruke: Marius Hübner
 Silberne Kruke: Günter Schultz
 Bronzene Kruke: Familie Uwe Leo

Schwarze Johannisbeere

Goldene Kruke: Familie Marcel Lehnst
 Goldene Kruke: Obsthof Stefan Lindicke
 Bronzene Kruke: Jens Rzegotta

Bronzene Kruke: Toni Geißhirt (Knupperkirsche)

Kernobst

Goldene Kruke: Jens Rzegotta (Quitte)
 Silberne Kruke: Ulrich Gaube (Apfel)
 Bronzene Kruke: Familie Lorenz (Quitte)

Himbeere

Goldene Kruke: Obsthof Stefan Lindicke
 Silberne Kruke: Familie Marcel Lehnst
 Bronzene Kruke: Detlef Lapp

Exoten und Raritäten

Goldene Kruke: Dietmar Bade (Rhabarber)
 Silberne Kruke: Detlef Lapp (Aronia natur)
 Bronzene Kruke: Toni Geißhirt (Rhabarber)

Johannisbeere und Stachelbeere

Goldene Kruke: Dietmar Bade (Rote Johannisbeere)
 Silberne Kruke: Familie Uwe Leo (Stachelbeere)
 Bronzene Kruke: Andreas Hirsch (Rote Johannisbeere)

Mehrfucht

Goldene Kruke: Rolf Rogler (Birne/Apfel)
 Silberne Kruke: Karsten Bredow (Erdbeer/Rhabarber)
 Bronzene Kruke: Manfred Seidel (Quitte/Apfel)



Die neue Baublütenkönigin 2019/2020 Madeleine Reichelt ist in Werder (Havel) aufgewachsen. Welche Rolle der Obstbau für die Stadt spielt, ist ihr bereits in die Wiege gelegt worden. Madeleine Reichelt stammt aus einer alten Obstmuckerfamilie. Die „Sandosche Zwetsche“ ist eine Züchtung ihrer Werderaner Vorfahren, ihre Großeltern hätten noch in großem Stil Obst angebaut. „Ich habe als Teenager Knupperrn geerntet und manchmal Oma beim Verkauf auf dem Frischemarkt geholfen“, erzählt sie.

Auch heute noch pflegen die Eltern die familiäre Obstbautradition auf dem großen Gartengrundstück. Ganz unvorbereitet geht Madeleine Reichelt nicht in das Amt: Sie hat sich oft mit ihrer Freundin Franziska Barche darüber unterhalten. Franziska Barche war Blütenkönigin im Jahr 2014.

Wetterdienst warnt vor neuer Dürre

Die Böden in vielen Regionen Deutschlands sind derzeit viel zu trocken, sagen Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes DWD. Bei anhaltender Trockenheit könnte erneut ein Dürresommer bevorstehen. Der Land- und Forstwirtschaft drohen Einbußen.

Bei anhaltender Trockenheit könnte Deutschland nach Einschätzung des Deutschen Wetterdienstes (DWD) auf einen weiteren Dürresommer zusteuern. Zum Start der Vegetationsperiode liege die Bodenfeuchte sogar noch unter den April-Werten des vergangenen Jahres. „Sollte die trockene Witterung in den kommenden Monaten anhalten, könnte sich die Dürre des Jahres 2018 wiederholen oder sogar übertroffen werden“, sagte der Leiter der DWD-Agrarmeteorologie, Udo Busch.

Besonders betroffen sind demnach die östlichen Bundesländer. Selbst wenn es noch viel regnen sollte, bleibt die Bodenfeuchte den Schätzungen zufolge bis in den Sommer hinein unter dem vieljährigen Mittelwert. „Die Startbedingungen für die Vegetation sind 2019 in vielen Gebieten Deutschlands deutlich schlechter als im Vorjahr.“

Ein Dürresommer würde diesmal nicht nur die Landwirtschaft erneut hart treffen, sondern auch die Forstwirtschaft, fürchtet der DWD. Auch Pflanzen mit Wurzeln, die Feuchtigkeit in tieferen Bodenschichten anzapfen, könnten leiden. Erste Waldbrände haben in den vergangenen Tagen schon

einige Regionen in Deutschland heimgesucht.

Angesichts der Waldbrandgefahr forderte der Deutsche Feuerwehrverband mehr Löschhubschrauber in Deutschland. Helikopter mit Außenlastbehältern seien für die Brandbekämpfung sinnvoll, sagte Verbandspräsident Hartmut Ziebs der Neuen Osnabrücker Zeitung. „Das ist ein vielfach praktiziertes Verfahren, scheitert aber manchmal an der Zahl der verfügbaren Hubschrauber.“ Die größten Wasserbehälter fassten 5000 Liter und könnten nur von Helikoptern der Bundeswehr vom Typ CH-53 geflogen werden. „Die sind aber nicht immer verfügbar. Hier müsste die Bundeswehr ein paar mehr Hubschrauber vorhalten“, sagte Ziebs. Der Verbandspräsident appellierte an Bürger, kein offenes Feuer im und am Wald zu entfachen und in Waldnähe nicht zu rauchen. Autofahrer sollten zudem ihren Wagen nicht auf Wiesen abstellen. „Die heißen Katalysatoren können eine trockene Wiese in Brand setzen.“

Aus Sicht von Waldexperten sollten Wälder möglichst vielfältig sein, um möglichen Waldbränden widerstehen zu können. „Die großflächigen Monokulturen werden mittelfristig scheitern“, sagt der Biologe Pierre Ibisch von der Eberswalder Hochschule für nachhaltige Entwicklung. Struktureiche Laubwälder mit verschiedenen Baumarten würden dagegen nicht so schnell brennen und nicht so stark austrocknen wie reine Nadelwälder.

Für unsere Rätselfreunde

Goldene Kruke: Obsthof Glindow	Silberne Kruke: Familie Uwe Leo	Bronzene Kruke: Familie Marcel Lehnst	Goldene Kruke: Marius Hübner	Silberne Kruke: Günter Schultz	Bronzene Kruke: Familie Uwe Leo	Schwarze Johannisbeere	Goldene Kruke: Familie Marcel Lehnst	Goldene Kruke: Obsthof Stefan Lindicke	Bronzene Kruke: Jens Rzegotta	Bronzene Kruke: Toni Geißhirt (Knupperkirsche)
Auflösung vom März										